

Angriff der Neoliberalen

Viel Ökostrom, steigende Förderkosten – die Front gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz wächst. Vor allem die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft macht mächtig Stimmung gegen die bewährte Regenerativförderung.

Von Sascha Rentzing

Alles scheint sich derzeit gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zu verschwören. Erst behauptet das Handelsblatt, Joaquín Almunia, Wettbewerbskommissar der Europäischen Union, wolle „das EEG insgesamt“ als staatliche Beihilfe einstufen. Besonders wurmen soll den Spanier, dass stromintensive Unternehmen in Deutschland keine Netzentgelte und kaum EEG-Umlage zahlen müssen. Wenige Tage später knöpfte sich dann EU-Energieminister Günther Oettinger das EEG vor. Staatliche Zuschüsse müssten für günstigeren Strom auf Dauer abgeschafft werden, forderte er bei einem Treffen der EU-Energieminister Anfang Dezember in Brüssel.

Damit ist das Sperrfeuer gegen das EEG nun auch von europäischer Seite eröffnet. Als Beihilfe müsste es in einem so genannten Beihilfenotifizierungsverfahren völlig neu bewertet werden. Das könnte die ohnehin anstehenden schwierigen Neujustierungen noch komplizierter machen und

würde in Deutschland all jene Kräfte stärken, die das für die Energiewende so wichtige Gesetz zu Fall bringen wollen. Es ist unter heftigen Beschuss geraten, weil die Förderung erneuerbarer Energien wegen des unerwartet starken Zubaus an Solaranlagen und Windturbinen immer teurer wird. Zum 1. Januar stieg die vom Verbraucher zu tragende Umlage zur Ökostromförderung (EEG-Umlage) um rund die Hälfte von 3,6 auf 5,3 Cent pro Kilowattstunde.

Lange war es nur die FDP, die das EEG deshalb attackierte. Sie will den gesetzlichen Einspeisevorrang für Grünstrom abschaffen und dafür ein Quotensystem einführen, in dem Energieversorger einen festen Anteil Ökostrom in ihrem Strommix nachweisen. Dafür können sie entweder selbst in Erneuerbare investieren oder an der Strombörse Zertifikate von Windmüllern und Solarwirten einkaufen. Die FDP glaubt, dass sich am Regenerativmarkt so die günstigsten Anbieter durchsetzen.

Inzwischen hat die Partei in ihrem Kampf gegen das EEG schlagkräftige Unterstützung von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) erhalten. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall gründete die Lobbyorganisation vor gut zehn Jahren, um Stimmung für eine marktliberale Wirtschaftspolitik zu machen. Jetzt hat die Initiative die Energiewende für sich entdeckt und die geballte PR-Maschinerie gegen die bisherige Ökostromförderung angeschmissen. Ihr Geschäftsführer, Hubertus Pellengahr, for-

dert: „Wenn die Bundesregierung es mit einer bezahlbaren Energiewende ernst meint und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Republik nicht fahrlässig aufs Spiel setzen will, muss sie sich beherzt vom EEG verabschieden – noch in dieser Legislaturperiode.“ Flankiert werden die Anti-EEG-Tiraden durch prominent platzierte Anzeigen gegen das Gesetz. „Rettet die Energiewende“ heißt es zum Beispiel in einer Annonce, die ein sinkendes Schiff mit drei Steckdosen zeigt, in einer anderen wird in Fettschrift gewarnt: „EEG stoppen – sonst scheitert die Energiewende.“

Millionen gegen das EEG

Was die INSM für die Ökoenergie-Branche zu einem sehr unangenehmen Gegner macht: Sie erreicht mit ihren Thesen weite Teile der Bevölkerung und gefährdet so die hohe Akzeptanz des EEG. Die Marktliberalen haben zum einen einflussreiche Botschafter wie zum Beispiel den Ehrenpräsidenten von Gesamtmetall, Martin Kannegießer, oder ihren Kuratoriumsvorsitzenden, Wolfgang Clement. Der bekennende Kohle-Freund wollte die Ökostromförderung schon in seiner Zeit als Bundeswirtschaftsminister der rot-grünen Koalition von 2002 bis 2005 massiv zusammenstreichen. Zum anderen kasziert die INSM von Gesamtmetall nach eigenen Angaben jährlich sieben Millionen Euro PR-Budget – von einer so üppigen finanziellen Unterstützung können andere Lobbygruppen nur träumen. Außerdem haben die Macher der Initiative eine Strategie gewählt, die die sieben Millionen wie hundert Millionen Euro wirken lassen. „Um unsere Ideen von einer starken Marktwirtschaft klarer zu machen, wenden wir



Nicht kentern lassen: Die Aktionsplattform Campact wirbt für eine gerechtere Verteilung der Kosten der Energiewende.

Schluss mit dem Strompreis-Horror!



Jetzt EEG stoppen!

EEG stoppen – sonst scheitert die Energiewende

Die Strompreise explodieren und die Energiewende scheitert, wenn wir sie mit Subventionen und Begünstigungen für willkürlich ausgewählte Technologien immer weiter verteuern. Stattdessen brauchen wir Marktwirtschaft und Wettbewerb zwischen den Erneuerbaren Energien, um die Energiewende bezahlbar zu machen und wirklich etwas für das Klima zu tun. Zum Beispiel mit einer marktbasierten Quotenlösung – dem Wettbewerbsmodell Erneuerbare Energien (WEE). Deshalb jetzt handeln: insm.de/EEGstoppen

Nachhaltig wachsen. Besser leben.
insm.de facebook.com/marktwirtschaft

INITIATIVE
NEUE SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT

Horrorszenarien: Mit einer Plakat-Kampagne wettet die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gegen steigende Energiekosten durch das EEG.

uns an Multiplikatoren wie Journalisten, Wissenschaftler und Prominente“, erklärt INSM-Sprecher Florian von Hennet. Mit dieser Strategie hat die Initiative bereits viele namhafte Unterschützer gewonnen, zum Beispiel den Unternehmensberater Roland Berger, den Publizisten Hans Barbier oder den Politikwissenschaftler Arnulf Baring.

Der Organisation Lobbycontrol ist die INSM deshalb schon länger ein Dorn im Auge. „Es ist ein großes Problem, wenn eine einzelne Gruppe so starken Einfluss auf die Gesellschaft ausüben kann“, sagt Lobbycontrol-Vorstand Heidi Bank. Die Kampagnenplattform Campact wiederum wirft der INSM vor, Lobbyarbeit im Sinne der Stromkonzerne zu machen. Eon, RWE

und Co wollten mit einer veralteten Energieinfrastruktur aus Kohle- und Atomkraftwerken weiter Kasse machen, obwohl dieses Modell längst nicht mehr markt- und zukunftsfähig sei. „Das hat wenig mit der ursprünglichen Idee der sozialen Marktwirtschaft zu tun“, kritisiert Campact.

Die INSM bestreitet eine Verandelung mit den Energiekonzernen. Ihr Hauptzweck sei nicht die Energiepolitik, so von Hennet. Außerdem seien auch Zulieferer der Solar- und Windindustrie in den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie organisiert und unterstützten somit die Initiative. Dass die INSM aber ausgerechnet mit dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) eng zusammenarbeitet, spricht nicht

gerade für ihre Neutralität. RWI-Energieexperte Manuel Frondel wettet seit Jahren gegen das EEG, schimpft vor allem auf die üppigen Zuschüsse für Solarstrom. Es überrascht daher wenig, dass Frondel in einer Studie für die INSM mit dem Titel „Wettbewerbsmodell Erneuerbare Energie“ (WEE) zu einem vernichtenden Urteil für die bisherige Regenerativförderung kommt: Mit einem Quotensystem könne Deutschland seine Ökostromziele bis 2020 fast zu einem Zehntel der Kosten erreichen, erklärt der RWI-Mann.

Dieses prägnante Ergebnis können die Neoliberalen sehr gut für ihre Zwecke ausschlagen. „Das EEG würde die deutschen Verbraucher in den kommenden acht Jahren noch mit Kosten von weiteren rund 60



Die Befürworterin: Nach Ansicht von Claudia Kemfert mindert das EEG die Investitionsrisiken und stützt so die Energiewende.

Milliarden Euro belasten. Durch eine Förderung ab 2013 mithilfe des WEE könnte der Ausbau wesentlich kostengünstiger erfolgen“, tönt Pellengahr. Das wesentliche Instrument in diesem System sind grüne Zertifikate, also offizielle Bescheinigungen, dass eine bestimmte Strommenge aus erneuerbaren Energien produziert wurde. Sie repräsentieren die Umweltattribute der produzierten Energie, sind aber unabhängig handelbar. Würde sich beispielsweise ein Preis für grüne Zertifikate einstellen, der künftig allein den Zubau der Windkraft an Land forciert, so würden bis 2020 lediglich rund sieben Milliarden an Zahlungsverpflichtungen für die Verbraucher anfallen, verspricht der INSM-Chef. Daraus ergäbe sich eine Kostenersparnis von etwa 53 Milliarden Euro.

Die Initiative sieht einen weiteren entscheidenden Vorteil des Wettbewerbsmodells: Bis 2020 sollen 35 Prozent des

seien, erklärt Pellengahr. Danach soll der Ökostromanteil von derzeit 25 Prozent von 2013 bis 2016 jeweils nur um einen halben Prozentpunkt pro Jahr steigen, „um die Netzstabilität nicht noch stärker zu gefährden“. Vorausgesetzt, die nötige Infrastruktur werde geschaffen, könne der Anteil von 2017 bis 2020 dann um jährlich zwei Prozentpunkte steigen. „So erreichen wir eine Punktlandung“, wirbt Pellengahr.

Sinnlose Quote

Campact wertet solche Zubauziele jedoch nur als Versuch, das Wachstum der Erneuerbaren abzuwürgen. Auch Energieexperten halten die Forderungen der INSM für absurd. „Das Wettbewerbsmodell kann man vergessen. Es gibt keine ausreichenden Erkenntnisse zu Quotenmodellen, sie sind somit politisch gar nicht seriös umsetzbar“, sagt der Wirtschaftsprofessor Uwe Leprich von der Hochschule für Technik

und Wirtschaft des Saarlandes.

„Totaler Humbug“ seien die von der INSM vorgerechneten Kostenersparnisse. „Ihr Vorschlag macht die Energiewende eher teurer als billiger“, warnt der Experte. Großbritannien zum

Beispiel ersetzt sein Quotenmodell

derzeit gerade deshalb durch ein Einspeisegesetz nach Vorbild des EEG, weil es Kostensenkungen bremst. Nach Angaben des Bundesverbands Erneuerbare Energien kostet die Kilowattstunde Windstrom auf der Insel im Schnitt 13 Cent – also rund fünf Cent mehr als in Deutschland.

”

Das EEG bietet eine gute Basis für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien.“

Claudia Kemfert, DIW

Stromverbrauchs in Deutschland aus regenerativen Quellen gedeckt werden. Beim EEG sei nicht davon auszugehen, dass dieses Ziel punktgenau erreicht werde, das WEE hingegen stehe im Einklang damit, dass für den Ausbau der Erneuerbaren explizite Mengenziele vorgegeben



Der Gegner: Hubertus Pellengahr hält die bisherige Regenerativförderung in Deutschland für zu teuer.

Hierzulande würde ein Quotensystem die gleichen negativen Auswirkungen haben. „Es bietet Investoren nicht die entscheidende Planungssicherheit“, so Leprich. Das Problem: Durch die unabsehbare Entwicklung der Strom- und Zertifikatspreise sind Renditen schwer zu kalkulieren, was wiederum die Finanzierungskosten in die Höhe treibt. Die Investoren geben die Planungsunsicherheit aufgrund der schwankenden Preise in Form von Risikoaufschlägen weiter. Gleichzeitig führt der Zertifikatehandel bei Kleinanlagen zu höheren Verwaltungs- und Transaktionskosten. „Bezahlen müssen die durch die Quote verursachten Mehrkosten die Verbraucher“, erklärt Leprich.

Vor steigenden Förderkosten in einem Quotenmodell warnt auch die Ökonomin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). „Wenn man künftig nur noch auf Windkraft an Land setzen würde, ergäben sich höhere Kosten als im heutigen Durchschnitt für Windkraftanlagen an Land. Denn dann müssten zunehmend ungünstige Standorte genutzt werden, und in einem Quotensystem würde der schlechteste Standort den Zertifikatspreis bestimmen“, erklärt die Expertin. Gleichzeitig führte eine Konzentration auf die Windenergie zu einer Verlangsamung von Innovationen und zu einem weniger differenzierten Energiemix: Bisherige Investitionen in Offshore-Turbinen müssten abgeschrieben werden, das Poten-

zial der Photovoltaik läge nach erheblichen Kostensenkungen brach. „Das würde die Ziele zur Nutzung erneuerbarer Energien in Gefahr bringen“, so Kemfert. Erforderlich sei daher eine differenzierte Förderung, die auch diese derzeit teureren Technolo-



Wenn es die Bundesregierung mit einer bezahlbaren Energiewende ernst meint, muss sie sich vom EEG verabschieden.“

Hubertus Pellengahr, INSM

gien mit erheblichen Potenzialen zur Kostensenkung einbeziehe.

Kemfert empfiehlt deshalb, am EEG festzuhalten. Zwar seien für einen kosteneffizienten und nachhaltigen Ausbau der Ökoenergien dringend Neujustierungen nötig. So müsse das Gesetz mehr Anreize für die Marktintegration und die Systemintegration schwankender Energietechniken setzen. „Der entscheidende Vorteil ist jedoch, dass das EEG Investitionsrisiken vermindert und somit eine gute Basis bietet für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien“, sagt Kemfert. Wirtschaftsprofessor Leprich sekundiert der DIW-Energieexpertin: „Dass am EEG-Gedanken festgehalten wird, halte ich für selbstverständlich.“ Der Rückhalt für das Gesetz ist in Deutschland immer noch groß. Trotz argumentativer Schützenhilfe aus Brüssel dürften es Bedenkenräger wie die INSM schwer haben, dagegen anzukommen. ◀